



Standpunkt - Tabuisieren gilt nicht und hilft nicht.

So lange wir den öffentlichen Diskurs von den Dogmatikern bestimmen lassen, wird sich auch in Zukunft an der Flüchtlings- und Integrationspolitik nichts ändern.

Die Nichteinhaltung unserer Rechtsordnung durch die verantwortliche Politik hat desaströse Auswirkungen. Das deutsche Grundgesetz steht auf der Abschussliste und bröckelt langsam. Das Verfassungssiechtum ist allgegenwärtig. Schuld an dieser Tatsache tragen alle: Die Täter wie die Mitläufer und die Erdulder.

Das große Schweigertum der Bundesrepublikaner, die mehrheitlich weit weniger zuversichtlich oder gar zukunfts euphorisch sind, als sie tun und übrigens auch als sie im Bund und in den Ländern wählen, wirkt auf unser Gemeinwesen und eben auch auf die Verfassung zerstörend. Das große Schweigen der bürgerlichen Mitte ist Feigheit. Mit dieser Feigheit operiert die Groko unkontrolliert und unkontrollierbar – de facto auch frei von irgendeiner Willensbildung des Parlamentes. Unterhalb der „großen“ Politik werkelt und wirkt eine Asylindustrie in einer Mischung zwischen reiner Geschäftemacherei in verderbtester Form und glühendem Idealismus in allen Schattierungen. Klar, wer an der „Flüchtlingskrise“, ein Name, der erst mühsam für die tatsächlich stattfindende Völkerwanderung gefunden wurde, verdienen kann oder sich gar eine goldene Nase bereits verdient, der ist für unbegrenzte Einwanderung und für grenzenloses Asyl.

Kritische Auseinandersetzung hält Einzug

Um so genauer habe ich alles um mich herum beobachtet, versucht, die Stimmung der Menschen um mich herum und in Deutschland generell zu erfassen und zu analysieren, was nicht zuletzt auch immer wieder eine kritischere Auseinandersetzungen mit mir selbst und meiner Einstellung beinhaltet. Als einfacher Bürger geschah dies bei mir vor allem über das Internet, die sozialen Medien, aber auch über persönliche Gespräche mit Freunden und Bekannten.

Dabei bin ich mehrheitlich weder auf durchweg positive Meinungen gestoßen, wie sie einem im Sommer noch zu Hauf in den sozialen Netzwerken und persönlichen Gesprächen begegnet sind, noch auf polemische, gar hetzerische Aussagen gegenüber Flüchtlingen oder Muslimen im Allgemeinen. Stattdessen hielt die kritische Auseinandersetzung Einzug in den privaten und öffentlichen Diskurs (hin und her gehendes Gespräch).

Ein Diskurs, der jedoch innerhalb der Bevölkerung und teils auch mittlerweile im Journalismus deutlich offener und kritischer geführt wird als in der Politik, und genau diese Diskrepanz zwischen Bevölkerung und Politik ist das Problem, der Tropfen, der das Fass jederzeit zum Überlaufen bringen könnte.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung und zu unseren Sparguthaben am 26. Dezember 2015



Natürlich muss man mit der eigenen subjektiven Wahrnehmung vorsichtig umgehen. Und selbstverständlich habe ich mir deshalb den Kopf darüber zerbrochen, ob der Ausschnitt von Stimmungen, vor allem jene aus dem Internet, die Meinung der breiten Mehrheit abbildet oder doch nur die der Internettraudis, die sich genüsslich auf jeden Beitrag zum Thema Flüchtlinge stürzen, um ihren Ressentiments Luft zu machen. Und natürlich muss man dabei Abstufungen machen.

Bei FocusOnline, Welt und n-tv, die mittlerweile fast durchweg kritisch und dabei auch hin und wieder tendenziös über die Flüchtlingsproblematik berichten, sind logischerweise harschere Töne und härtere Kritiken von Seiten der Artikel-Kommentatoren deutlich häufiger als unter Artikeln der Süddeutschen. Nichts desto trotz wird auch hier der Ton schärfer, die Kritik lauter. Nur noch ganz vereinzelt trifft man auf die Idealisten des Sommers, die „Gutmenschen“, wie sie oft von der Gegenseite abschätzig betitelt werden.

Die kritische Auseinandersetzung, aber auch die Sorge und mitunter die Ablehnung gegenüber der Flüchtlingspolitik, das muss nun auch der Letzte erkennen, ist längst in der ganz normalen Mitte der Gesellschaft angekommen. Das bedeutet zugleich, dass sie sich in ihrer Differenziertheit und ihrer ehrlichen und fundierten Argumentation nicht als dummes Geschwafel des „Pegida-Packs“ abtun lässt. Statt mit der Karikatur des besorgten Bürgers, dem pegidaischen Xenophobiker (Fremdenfeind), der seine Ressentiments gegenüber dem Fremden in ein falsches Gewand hüllt, haben wir es jetzt mit dem wirklichen, dem berechtigt besorgten Bürger zu tun, an dem seit Wochen und Monaten vorbei regiert wird. Darunter nicht nur jene, die der Flüchtlingsfrage von Anfang an kritisch gegenüberstanden, sondern auch – und das sollte aufmerksam machen – jene, die sich noch vor wenigen Wochen selbst noch über die „besorgten Bürger“ lustig machten.

Es sind jene, die nicht in der Anfangsabwehrhaltung verharren sind, in der es der menschliche Anstand vor dem geschichtlichen Hintergrund des eigenen Landes geboten hatte, dem Rechtsradikalismus hierzulande Einhalt zu gebieten, sondern begonnen haben, die Situation konsequent zu Ende zu denken, sich zu fragen, wie es weitergeht mit wahrscheinlich 1,5 Millionen plus X inklusive der nicht registrierten Einwanderer – und es muss eindringlich davor gewarnt werden, diese Menschen nicht ernst zu nehmen, oder unter dem Schleier der Political Correctness in öffentlichen oder auch privaten Debatten mundtot zu machen.

Zu diesem Kontext gehört auch die Tatsache, dass auch schon in den Jahren 2013 und 2014 die Einwanderungszahlen explodiert waren. Bis jetzt sind es vergleichsweise wenige Herkunftsländer, in denen die Merkel'sche Auswanderungs- und Einwanderungswerbung gefruchtet hat. Aber auch in Asien inklusive China und Indien, in Mittel- und Lateinamerika und in vielen weiteren afrikanischen Ländern gibt es Menschen, die, wenn sie wüssten, was Merkel Einwanderern verspricht, den Weg in die Bundesrepublik antreten würden.

Die Einwanderer sollen laut Groko und vielen Stimmen der politischen Klasse hierzulande die Menschen produzieren, die später die dahin gehenden Urdeutschen mit Rente und Liebe versorgen. Klar sind auch die Kinder der noch nicht integrierten Einwanderer integrationstechnisch gesehen, Einwanderer. Die Geburt in Deutschland alleine schafft keinen Integrationsschub.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger Aktuelles zur Völkerwanderung und zu unseren Sparguthaben am 26. Dezember 2015



Katrin Göring-Eckardt, Frontfrau der Grünen und der evangelischen Kirche, verstieg sich unlängst zu dem Satz: „Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt“. Allerdings ohne das Geschenk, sprich die Einwanderer, gefragt zu haben, ob sie Geschenk sein wollen und ohne den Schenker in Gestalt der Bundesregierung gefragt zu haben, was genau er schenken will, und ohne den Beschenkten, sprich die Bundesrepublikaner, gefragt zu haben, ob sie beschenkt werden wollen. Das ist dann doch etwas arg transzendental (Bedeutung: die Schwelle überschreiten die die materielle und emotionale Welt setzt und bietet), was die Dame wohlfeil von sich gibt.

Schon haben die Bundesländer Niedersachsen und Thüringen im Kanzleramt angeregt, allen Bürgern jährlich fünf Prozent ihres Vermögens abzuschöpfen, um so die Integrationskosten für den Asyl-Tsunami auch nur ansatzweise hereinzuholen. Man erwartet so Mehreinnahmen von etwa zehn Milliarden Euro – bei geschätzten Kosten für die Flüchtlinge von jährlich bis zu 55 Milliarden Euro (IfW-Prognose).

Vorsicht Selbstzensur

Wie schwierig es hierzulande ist, sich kritisch zu äußern, mussten viele kritische Bürger am eigenen Leib erfahren, so auch ich. Dabei wurde mir auch bewusst, wie schnell die Selbstzensur greift in Anbetracht der sozialen Erwünschtheit. Nicht nur, dass ich plötzlich merkte, wie sehr ich mir selbst schon im Vorfeld Gedanken darüber machte, was ich nun sagen könne und was nicht und vor allem, wie es zu formulieren sei und dass ich zudem bei jedem kritischen Kommentar Angst haben musste, dass ich damit jemanden so verärgern könnte, dass er nicht mehr mit mir redet, nein, ich wurde auch wirklich angefeindet.

Natürlich war es zumindest vom Gutmenschentum zu erwarten, dass man kritischen Worte eventuell nicht teilt und dennoch war ich in meiner naiven Vorstellung wirklich überrascht, wie viel Intoleranz kritischen Bürgern von Seiten der eigentlichen Toleranzwächter in diesem Land mit einem Mal entgegenschlug.

Dieser Zeitgeist ist es, der zwangsläufig zu der Frage führt: Wie kann es sein, dass genau jene Linken aller Parteien in Deutschland, die jahrzehntelang für die Gleichberechtigung der Frauen, für gleiche Löhne, für die Rechte von Schwulen und Minderheiten eintraten, genau jetzt für die unkoordinierte und unbegrenzte Aufnahme ungebildeter, konservativer junger Muslime kämpfen, die genau jene gesellschaftlichen Errungenschaften ablehnen und radikal bekämpfen?

Deshalb möchte ich an dieser Stelle kurz auf meine Gedanken, die ich mir in den letzten Monaten zu dem Thema gemacht habe, eingehen:

Klar ist, dass die Verteilungskämpfe in diesem Land, speziell am unteren Rand der Gesellschaft, drastisch zunehmen werden und dass dem eine noch nicht abzuschätzende soziale Sprengkraft innewohnt, die den sozialen Frieden und damit auch die innere Stabilität in Deutschland gefährdet.

Eine gewisse Anzahl an Flüchtlingen ist in Bezug auf unser Sozialsystem sicherlich machbar. Schwieriger wird es bei den Zahlen, die wir aktuell haben und noch erwarten dürfen.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger Aktuelles zur Völkerwanderung und zu unseren Sparguthaben am 26. Dezember 2015



Asylverfahren, Arbeitserlaubnis – all das nimmt in Deutschland unsäglich viel Zeit in Anspruch. Zeit, in dem der Staat für die Flüchtlinge aufkommen muss.

Zudem erscheint es nach derzeitigem Kenntnisstand unwahrscheinlich, dass man einen Großteil der Flüchtlinge, die hier bleiben dürfen, direkt in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren kann.

Die Mär vom syrischen Arzt hat sich längst selbst überholt. Gerade die Menschen am unteren Rand der Gesellschaft werden gerade auf lange Sicht immer weniger Verständnis dafür haben, dass jemand, der nie in dieses System eingezahlt hat, die gleichen Leistungen erhält, wie jemand, der sein Leben lang gearbeitet hat und dem am Ende nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit nur noch Hartz-IV oder in der Rente nur die Grundsicherung bleibt.

Schon Milton Friedman merkte an, dass man entweder offene Grenzen oder einen Wohlfahrtsstaat haben könne. Insofern bräuchte es dringend ein Einwanderungsgesetz, welches Menschen, sofern nicht von Krieg und Elend bedroht, auch wieder schnell in ihre Heimatländer ausweist, wenn sie hier auf Dauer keine Arbeit finden.

Das ist der wirtschaftliche Aspekt (wobei langfristige Kosten, die z.B. durch eventuell mangelnde Integration und Bildung der Nachfolgenerationen noch entstehen könnten, noch gar nicht eingerechnet wurden).

Zum anderen habe ich in den letzten Monaten immer wieder Zweifel an der Machbarkeit der Integration von so vielen muslimischen Flüchtlingen in meinen Ausführungen erhoben.

Hier zeigt sich, wie schwierig die politische Auseinandersetzung mit dem Thema wirklich ist.

Ein Thema, das wie kein Zweites in unserer heutigen Zeit das liberale Paradoxon der Toleranzfrage offenbart und zeigt, wie komplex und ambivalent politische Überlegungen sein können und im Kern die Frage behandelt, ob und in welchem Maße man die Intoleranz in liberalen Gesellschaften tolerieren müsse, oder ob in diesem Fall die liberale Toleranz gegenüber der Intoleranz zur Einschränkung der Freiheit und so zum Risiko aller werden könnte.

Auf den Fall der Integration vor allem arabischer Muslime angewandt, bedeutet dies, dass wir uns fragen müssen, inwiefern wir unsere Toleranz gegenüber dem Islam und seinen Überzeugungen einschränken müssen, um unsere gesellschaftliche Freiheit zu wahren.



Grenzen der "Umerziehung"

So würde ich mich durchaus als weltoffenen, an anderen Kulturen interessierten Menschen bezeichnen. Müsste ich mich als liberal denkende Person jedoch zwischen kultureller Toleranz und dem Erhalt unserer freiheitlichen Werte entscheiden, wäre meine Entscheidung klar.

Besonders als Bürger muss es mir ein Anliegen sein, dass der bisherige Status Quo der Gleichberechtigung von Frau und Mann erhalten bleibt und weiter ausgebaut wird. Als selbstbewusster kritischer Bürger ist es für mich ferner nicht vorstellbar, eine Kultur, eine Religionsausübung im öffentlichen Raum zu tolerieren, die mich als minderwertig ansieht.

Darüber hinaus sollte dies auch von der Gesellschaft an sich nicht toleriert werden. Dabei stört mich, dass in der politischen Debatte nur allzu oft so getan wird, als könne man die Menschen dahingehend leicht „umerziehen“ und ihnen unsere Werte vermitteln. Hier ist festzuhalten, dass es sich nicht um den vergleichsweise moderaten europäischen Islam der türkischen und kurdischen Migranten handelt, die in den 1960er und 1970er Jahren zu uns kamen und deren Kinder und Kindeskiner bereits hier geboren wurden.

Im Fall der aktuell ins Land strömenden Asylbewerber kommt erschwerend hinzu, dass viele von ihnen aus paternalistisch (bevormundende Herrschaftsordnung) geprägten Stammesgesellschaften mit den entsprechenden Einstellungen und Verhaltensweisen kommen. Der größte Teil der Ankommenden dürfte zudem bislang weder einen funktionierenden Rechtsstaat noch eine Demokratie erlebt haben.

Daher ist der arabische Islam, der jetzt zu uns gekommen ist und weiterhin zu uns kommt, ein anderer, ein radikalerer und ich bin skeptisch, dass wir es schaffen werden, diese Menschen adäquat zu integrieren, wenn wir es teilweise auch nach Jahrzehnten nicht geschafft haben, die dritte und vierte hier geborene Generation der türkischen und kurdischen Migranten zu integrieren.

Parallelgesellschaften sind seit Jahren keine Seltenheit, der radikale Islam wächst und gedeiht nicht nur im Nahen und Mittleren Osten, sondern auch direkt hier bei uns.

Menschen, die hier geboren wurden, schließen sich dem IS an und obwohl sich nichts am öffentlichen Umgang mit dem Thema Integration geändert hat, meinen wir plötzlich, dass wir es dieses Mal besser machen werden.

Das erweckt bei vielen Menschen und auch bei mir berechnete Zweifel. Es ist an der Zeit – und die kritische Stimmung innerhalb der Bevölkerung belegt das – dass wir aufhören, die Menschen von ihrer Selbstverantwortung freizusprechen und sie als bloße Opfer der gesellschaftlichen und sozialen Umstände zu betrachten.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger Aktuelles zur Völkerwanderung und zu unseren Sparguthaben am 26. Dezember 2015



Man tut unserer Gesellschaft und diesen Menschen keinen Gefallen damit, dass man die Bringschuld von ihnen nicht einfordert. Dabei geht es nicht darum, von Anfang an volle Anpassung zu fordern. Es ist nur logisch, dass entwurzelte Menschen nach Orientierung suchen und dass sie dabei ihre Identität nur allzu oft durch Rückbindung an die eigene Kultur definieren, aber diese Zeit, die man ihnen gibt und die Toleranz, die man ihnen entgegenbringt, darf nicht so weit führen, dass man die eigene Freiheit, die eigenen, teils über Jahrhunderte mühsam errungenen Werte opfert.

Es ist diese Meinung, die Linke und Gutmenschentum als rechtes Gedankengut brandmarken.

Es ist die ewige Diskrepanz zwischen einer Welt, wie sie manche gerne hätten und der Welt, wie sie ist, die es manchen so unglaublich schwer macht, kritisch zu differenzieren und andere Meinungen auszuhalten.

Diese Personen tabuisieren die öffentliche Debatte über Obergrenzen, ein vernünftiges Einwanderungsgesetz, Integration genauso wie die Debatte über grundsätzliche kulturelle und religiöse Aspekte und so lange wir den öffentlichen Diskurs von diesen Menschen bestimmen lassen, wird sich auch in Zukunft an der Flüchtlings- und Integrationspolitik nichts ändern.

Die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Mehrheit, Politik und Medien wird weiter wachsen.

Genauso wie der Unmut. Aber genau diesen kritischen Diskurs aus der Mitte der Gesellschaft braucht es. Weil er eben nicht Pegida und auch nicht Gutmensch ist, sondern der realitätsnahe Mittelweg, den es unbedingt aufzugreifen gilt, damit der soziale Friede langfristig gewahrt wird.

Denn wie wir damit umgehen, wird darüber entscheiden, ob die Stimmung hierzulande doch irgendwann so düster sein wird, wie sie in Frankreich und anderen europäischen Staaten, in denen mittlerweile zu einem beachtlichen Anteil Rechts gewählt wird, bereits ist.

Je länger die hiesige Politik und damit alle Berliner Parteien ihr Versagen in der Völkerwanderung aussitzen und Andersdenkende diffamieren, desto wahrscheinlicher wird auch hier ein Abdriften der Mitte nach Rechts.

Die Konsequenz ist eine Rückkehr zum Nationalismus in Europa, dessen Tendenzen wir in unseren Nachbarländern beobachten können.

Hieran wird sich nicht zuletzt das Schicksal der Europäischen Gemeinschaft manifestieren.



Geht es gut mit der Flüchtlingspolitik?

Sie stellt den großen Bruch der Kontinuität dar. Selten war eine Politik in sich widersprüchlicher.

Auch auf Grund unseres Sozialsystems saugt Deutschland die Fliehenden, Mühseligen, Beladenen, Glücksuchenden und Glücksritter wie ein riesiger Staubsauger an – und die Regierung beschimpft die europäischen Nachbarstaaten, dass die sich der Quotierung, Kontingentierung und Umverteilung entgegenstellen; mittlerweile sogar die selbsternannte humanitäre Großmacht Schweden macht die Grenze nach Süden dicht.

Die Türkei erzwingt sich den Zutritt zur Europäischen Union, obwohl in der Türkei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit jeden Tag mehr mit Stiefeln und Gewehrkolben malträtiiert und Kurden, Andersdenkende und Andersgläubige oft genug zu Tode schikaniert werden.

Aber wir brauchen die Türkei, damit sie die Grenzen dicht macht – was wir uns selbst nicht zumuten wollen. Deutschland will sein freundliches Gesicht wahren; die Drecksarbeit sollen andere erledigen. Der vordere Hauseingang bleibt sauber; Unerwünschte werden durch den Hintereingang entfernt.

Flüchtlinge werden eingeladen, aber Arbeitskräfte sollen kommen, die demographische Lücke schließen helfen. Bleiben darf, wer verfolgt ist, aber bleiben soll, wer für den Arbeitsmarkt taugt. Ja was jetzt: Humanität ohne Ansehen der Person oder Humanität als Instrument der Arbeitskräfte-Anwerbung?

Alle reden von Integration – und dann sind es doch bloß Sprachkurse für Einige und Ghettos für Viele? Die Ausländerbeauftragte fordert arabische Untertitel für die Weihnachtsansprache von Kanzlerin und Präsident – haben wir nicht im Frühjahr gelernt, dass die Islamisierung nur eine unbegründete Angst der Dummen in Sachsen ist?

So viel Stolpern und Versagen einer Regierung war nie.

Nicht die Flüchtlinge produzieren Angst und Unsicherheit – sondern eine Regierung ohne Konzept, Plan und Perspektive.



Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge überfordern immer mehr Kommunen

Allein ziehende »Flüchtlingskinder« kommen als Quartiermacher – andere tauchen unter.

Unbegleitete minderjährige Asylbewerber stellen für deutsche Einrichtungen ein besonderes Problem dar, das obendrein rasant wächst.

Das drohende Scheitern des zweiten Asylpakets droht viele Kommunen vor unlösbare Probleme zu stellen. Von der Bundesregierung ursprünglich geplant war nämlich, den Familiennachzug für „Minderjährige unbegleitete Flüchtlingskinder“ – im Behördendeutsch „MuFl“ genannt – zu unterbinden. Während eine Umsetzung der in der Regierungskoalition vereinbarten Maßnahmen auf sich warten lässt, wächst die Zahl der unbegleiteten Kinder, die nach Deutschland kommen, immer mehr an.

Derzeit kommen in einem einzigen Monat beinahe genauso viele wie im Gesamtjahr 2014.

Zu befürchten ist inzwischen, dass sich viele Kommunen an der drohenden Belastung durch den Zustrom von „Flüchtlingskindern“ verheben. Die Probleme um die unbegleiteten Minderjährigen haben sich nämlich schon in der Vergangenheit, bei weit niedrigeren Zahlen, als nahezu unlösbar erwiesen.

Extrem sind zum einen die Kosten. So wird eine Summe von 25.000 € genannt, die allein für die Betreuung eines einzelnen Jugendlichen pro Jahr anfällt. Eine Ursache dafür ist der Umstand, dass die Betreuung eine extrem personalintensive Angelegenheit ist. Pro Fall sind über Sozialarbeiter, Therapeuten und Juristen bis zu sieben Fachleute involviert.

Auf der anderen Seite wird aber auch ein Mangel deutlich: Laut Gesetz haben die Jugendlichen nämlich einen Anspruch auf einen Vormund (1 Vormund = max. 50 Kinder), der sich beispielsweise um Behördentermine, den Schulbesuch oder andere Angelegenheiten des Kindes kümmert. Aufgrund der massiv gestiegenen Zahlen lassen sich allerdings mittlerweile für die Vormundschaft gar nicht mehr genug geeignete Menschen finden.

Ein weiteres Problem: Nach den bisherigen Erfahrungen taucht ein Teil der Kinder und Jugendlichen nach ihrer Ankunft in Deutschland einfach unter. Sie lassen sich weder bei den Behörden registrieren, noch erhalten sie eine Betreuung oder Sozialhilfe.

Die Folgen sind mittlerweile immer deutlicher an der Kriminalitätsstatistik ablesbar. So war beispielsweise bereits im vergangenen Jahr bekannt geworden, dass es sich bei rund einem Viertel der 115 schwerkriminellen jugendlichen Intensivtäter in Hamburg um so genannte minderjährige unbegleitete Flüchtlinge handelt. Nach den bisherigen Erfahrungen ist damit für einen beachtlichen Teil der „Flüchtlingskinder“ eine weitere kriminelle Karriere beinahe programmiert.

Da sie vom Alter her strafunmündig sind, fehlen wirksame Sanktionsmöglichkeiten. Eine Rückführung zu ihren Familien in die jeweiligen Heimatländer gilt nach bisheriger Rechtslage faktisch als unmöglich.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger Aktuelles zur Völkerwanderung und zu unseren Sparguthaben am 26. Dezember 2015



Als Problem erwiesen haben sich allerdings auch diejenigen Minderjährigen, die sich bei den Behörden offiziell registrieren lassen. Deren Motivation ist oftmals die Erwartung, über eine Familienzusammenführung Angehörige nachkommen zu lassen. Gerade in Berlin müssen einem Medienbericht zufolge Rechtsexperten und der Berliner Senat die Erfahrung machen, dass von den Familien mittlerweile immer jüngere Kinder gezielt als Vorhut für eine erhoffte Familienzusammenführung nach Deutschland geschickt werden.

Gerade dieses Phänomen zeigt, wie fragwürdig das Vorgehen der deutschen Behörden in Sachen der auf die Reise geschickten Kinder ist: Offenkundig ist etwa, dass es sich bei den Jugendlichen nicht um politisch Verfolgte handelt, für die das Asylrecht eigentlich gedacht war.

Naheliegender ist ebenso die Frage, ob nicht letztlich eine massive Verletzung der Fürsorgepflicht vonseiten der jeweiligen Familien vorliegt, wenn sie ihre Kinder quasi als „Quartiermacher“ über weite Entfernungen hinweg unbetreut und ungeschützt Richtung Deutschland losschicken.

Eine Familienzusammenführung auf deutschem Boden ist noch aus einem anderen Grund kritisch zu sehen: Bei den „Flüchtlingskindern“ greift erneut eine Art Sonderrecht.

Wie bei Kindern aus EU-Ländern üblich, könnte nämlich auch bei den unbegleiteten „Flüchtlingskindern“ durchaus über eine Familienzusammenführung auf dem Boden ihres jeweiligen Heimatlandes nachgedacht werden.

Betroffen von den steigenden Belastungen durch die unbegleiteten Kinder sind indessen immer mehr Kommunen. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ unter Berufung auf eine Aufstellung der Bundesländer berichtet, sind bis zum 19. November 57.376 unbegleitete Jugendliche nach Deutschland gekommen. Seit Ende August hat sich demzufolge ihre Zahl mehr als verdoppelt.

Unklar ist bislang, wie die Politik auf die immer größere Herausforderung durch die „unbegleiteten Flüchtlingskinder“ reagieren wird.

Eigentlich vorgesehen war, im Zuge des zweiten Asylpakets der Bundesregierung, unter anderem eine „Wartezeit“ für den Familiennachzug einzuführen.

Sowohl diesen Vorhaben als auch der Einführung von Asylschnellverfahren für Antragsteller aus sicheren Drittstaaten droht Medienberichten zufolge das Scheitern durch eine faktische Blockadehaltung der SPD innerhalb der Regierungskoalition.



Kein Entrinnen: Sparer sind wehrlos gefangen im globalen Finanz-System

Die Vorbereitungen zur Haftung der deutschen Sparer für alle europäischen Banken sind auf der Zielgeraden. Die Methode hat System: Die überschuldeten Staaten wollen wissen, wo es etwas zu holen gibt. Die Sparer haben kaum eine Chance, sich zu wehren.

Die Diskussion um die gemeinsame Haftung aller europäischen Sparer für alle Banken in Europa ist auf der Zielgeraden. Die unter dem etwas irreführenden Begriff der gemeinsamen Einlagensicherung ist das Gegenteil von Sicherheit: Die Sparer verlieren das Recht, über ihre Ersparnisse zu verfügen. Mit dem neuen Gesetz zur Meldepflicht der Banken an die Finanzämter verlieren die Bank-Kunden die Möglichkeit, unter dem Radar der Finanzämter bleiben zu können. So geraten Anleger und Sparer doppelt in die Mühle: Sie müssen als Kunden und als Steuerzahler um ihr Geld bangen.

Die EU-Maßnahmen müssen im Rahmen einer schleichenden finanziellen Repression gesehen werden, die sich global Bahn bricht – und gegen die es wenig Schutz gibt.

Weil in der Zeit der Globalisierung Wirtschaftsprozesse, Kapitalflüsse und Geldbewegungen nicht mehr auf nationale Grenzen beschränkt werden können, haben sich auch die großen Finanzinstitutionen zusammengeschlossen. Sie sprechen ihre Handlungen ab.

Getragen werden diese Entscheidungen von den internationalen Treffen der Regierungschefs wie etwa den G20. Diese Veranstaltungen werden in der Öffentlichkeit stets mit einem gewissen weltpolitischen Pathos abgefeiert. Man hört dann, dass sich die G20 geeinigt hätten, den Klimaschutz voranzubringen oder diese oder jene Krise gemeinsam lösen zu wollen.

Tatsächlich geht es bei diesen Treffen immer auch um die Schaffung der Grundlagen, um in einem einheitlichen Weltfinanzsystem die finanzielle Repression auch wirkungsvoll exekutieren zu können. Dazu haben die Staaten in den vergangenen Jahren sehr beharrlich die Voraussetzungen geschaffen. Sie haben sich dabei die Werkzeuge der technologisch-industriellen Revolution angeeignet, um den Bürger zu kontrollieren.

So heißt es im Punkt 51 des Dokuments zum G20-Gipfel im September 2013:

»Wir rufen alle anderen Staaten auf, sich uns zum frühestmöglichen Zeitpunkt anzuschließen. Wir sind entschlossen, einen automatischen Austausch von Informationen zu einem globalen Standard zu erheben. Wir müssen die Vertraulichkeit und den richtigen Gebrauch der ausgetauschten Informationen sicherstellen. Wir unterstützen vollständig die Zusammenarbeit der OECD mit den G20-Staaten, die darauf abzielt, einen solchen Standard für den automatischen Austausch der Information bis spätestens Februar 2014 zu präsentieren. Die technischen Modalitäten eines effektiven, automatischen Austauschs sollen bis spätestens Mitte 2014 parallel finalisiert werden. Wir erwarten, dass wir Ende 2015 mit dem automatischen Austausch der Informationen über Steuer-Angelegenheiten zum Ende des Jahres 2015 beginnen werden. Wir ersuchen das Globale Forum der OECD, einen Mechanismus zur Überprüfung und Kontrolle der Implementierung des neuen globalen Standards zum automatischen Austausch von Informationen zu errichten.«



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger Aktuelles zur Völkerwanderung und zu unseren Sparguthaben am 26. Dezember 2015



So konkret geht es also bereits um weitreichende Eingriffe in die individuellen Vermögensbestände der Bürger: Denn die besagten »Steuer-Informationen« sind nichts anderes als alle Finanztransaktionen und Vermögensangelegenheiten eines jeden einzelnen Bürgers. Das beginnt beim Sparbuch, dessen Vermögen dem Finanzamt über die Kapitalertragssteuer bekannt ist. Es geht über Versicherungen, Aktiengeschäfte, Unterhaltszahlungen, Reisekosten, Anschaffung von Büchern, Größe der privaten Wohnung, die Fahrzeuge, die ein Bürger besitzt, Leasing-Verträge, Telefon-Rechnungen, Kredite, Darlehen, Schenkungen, Erbschaftsangelegenheiten.

Auf diesem Weg wird sichergestellt, dass die finanzielle Repression auch zu Ergebnissen führt. Die Kenntnis der Daten ist die Voraussetzung für die Staaten, auf die Vermögen zuzugreifen, wenn die finanzielle Repression ausgerufen wird. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die wichtigste Errungenschaft der technologisch-industriellen Revolution – das Sammeln, Auswerten und Verstehen von Daten – von den Staaten zur Eintreibung der Steuern besonders vorangetrieben wird.

Wie wir bei allen modernen Kriegen sehen, erfolgen Zwangsmaßnahmen oder aggressive Akte heute nicht mehr mit einer vorherigen Ankündigung im Amtsblatt oder einer formellen Kriegserklärung: Sie werden schleichend eingeführt, so dass der Bürger von der totalen Überwachung nichts mitbekommt. Sie läuft rund um die Uhr im Hintergrund. Niemand kann sagen, ob er schon ins Visier der Behörden geraten ist.

Das Kampfgerät für die umfassende finanzielle Repression ist längst im Einsatz. Begonnen hat es mit den immer niedrigen Zinsen. Konnte man vor wenigen Jahren noch versuchen, allen Risiken aus dem Weg zu gehen und sein Geld auf ein Sparbuch legen, ist diese Möglichkeit aktuell bereits Geschichte.

Jeder, der sein Geld heute auf der Bank liegen lässt, verliert jährlich Geld. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat ermittelt, dass bis zum Jahr 2014 die deutschen Sparer bereits um 15 Milliarden erleichtert wurden. Es wird erwartet, dass auch Negativ-Zinsen bald flächendeckend umgesetzt werden – also die Notwendigkeit, eine Strafgebühr zu bezahlen, wenn man sein Geld auf der Bank liegen lässt.

Die Fakten und Daten habe ich im Internet recherchiert.

*Ich hoffe, mein aktueller Standpunkt zur gescheiterten Asylpolitik und anderen Themen wird das Wissen und das Verständnis unserer Zukunftsprobleme deutlicher machen. **

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

** Die gemachten Ausführungen zur deutschen Flüchtlingspolitik und zu anderen Themen stellen nur meine Meinung zu diesen Themen dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*